

Pressekontakt Köln

Barbara Garms
Telefon 0171/9690131
Telefax 0221/3979952

Christel Steylaers
Stadt Remscheid
Frauenbüro
Telefon 02191/162257
steylaers@str.de

Pressemitteilung

Bundeskonzferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen vom 05. bis zum 07.11.2006 in Köln

Rund 450 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus allen Bundesländern treffen sich zur Zeit in Köln zu Ihrer 18. Bundeskonferenz. Eingeladen sind Gäste und Interessierte aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden. Mit dabei sind unter anderem Frau Eva-Maria Welskop-Deffaa, Abteilungsleiterin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und **Armin Laschet, Frauenminister aus Nordrhein-Westfalen**. Auch die Vizepräsidentin des Deutschen Olympischen Sportbundes, Frau Ministerin a.D. Ilse Ridder-Melchers und zahlreiche frauenpolitische Fraktionssprecherinnen mehrerer Parteien aus Landtagen der Bundesländer sind zu der Konferenz gekommen.

Den Einführungsvortrag hat am Montag Morgen Frau Prof.Dr. Barbara Holland-Cunz von der Justus-Liebig Universität Gießen zum Thema „Gleichstellungspolitik im 21. Jahrhundert“ gehalten. Als zweite Hauptrednerin hat **Alice Schwarzer** die Teilnehmerinnen am Vormittag thematisch auf Beratungen zu insgesamt 10 frauenpolitisch hochaktuellen Themen eingestimmt.

In zweimal 5 Foren diskutieren und beraten sich die Frauenbeauftragten mit Expertinnen und Gästen. Das Spektrum reicht von der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik über Bildung, Frauenrechte von Migrantinnen bis hin zu Gewalt gegen Frauen. Am Dienstag, dem 7.11.2006 sollen dazu Beschlüsse gefasst und Resolutionen beschlossen werden.

Einen besonderen Schwerpunkt legen die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten auf die Entwicklung der Situation der Frauenbüros und Gleichstellungsstellen. Eine aktuelle Umfrage der BAG zur Situation hauptamtlicher kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbeauftragter in den Bundesländern, die auf der Konferenz vorgestellt werden wird, belegt die immer schwieriger werdenden Arbeitsbedingungen. So wurden beispielsweise erst jüngst in Schleswig-Holstein die Bestellungspflichten verändert, was zur Abbestellung knapp der Hälfte der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten führen kann. Die ersten Abwahlverfahren sind angelaufen. Damit sind frauenpolitische Netzwerkstrukturen ernsthaft in Gefahr. In einigen Bundesländern diskutieren Landespolitiker die Abschaffung der kommunalen Gleichstellungsstellen, während es in Baden-Württemberg immer noch keine gesetzliche Grundlage für die Bestellung von Frauenbeauftragten in den Kommunen gibt. Daher stehen Forderungen nach besserer rechtlicher Absicherung aber auch zum Allgemeinen Gleichstellungsgesetz und zum europäischen Jahr der Chancengleichheit im Mittelpunkt der Diskussion.

Zum Abschluss werden auf der Konferenz ein Teil der Bundessprecherinnen für eine Zeit von 3 Jahren neu gewählt.

Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an Barbara Garms, Telefon 0170/9690131.